

Mobilität darf kein Privileg der Besserverdienenden sein, sondern muss jedem Menschen zu Verfügung stehen! Entgegen der vollständigen Unterwerfung des öffentlichen Nahverkehrs unter die kapitalistische Verwertungslogik, fordern wir die sofortige Wiedereinführung des Sozial- und Arbeitslosentickets und perspektivisch den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr Berlins. Der „Nulltarif“ ist keine wirklichkeitsfremde kommunistische Utopie, wie uns die Betonköpfe des neoliberalen Lagers von CDU bis SPD (und Teile der PDS) weismachen wollen, sondern eine realisierbare Perspektive für eine sozial- und umweltverträgliche Verkehrspolitik. Bis dahin ist organisiertes Schwarzfahren, Verweigerung, Solidarisierung mit Opfern von Kontrolleuren und die Weitergabe von Fahrscheinen für fortschrittliche und linke Menschen höchste Bürgerpflicht. Nur zusammen können wir uns der Ausplünderung durch BVG und Senat entgegenstellen. Wenn wir uns nicht wehren, werden wir Blasen an den Füßen haben.

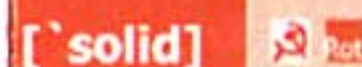
**Sofortige Wiedereinführung des Sozialtickets!
Rücknahme der Preierhöhungen vom 1.April
Für eine soziale Verkehrspolitik! Fahr frei!**

Links zum Thema:
www.berlin-umsonst.tk
www.geocities.com/nulltarif/medien.html
www.solid36.net



die sozialistische jugend
Landesverband Berlin

HIER SPRICHT DIE POLIZEI!
LIEBE FAHRGÄSTE,
KOMMEN SIE EINZELN
UND MIT ERHOBENEN
FAHRABWEISSEN
HERAUS!



Schwarzfahrinfo
Nulltarif sofort!



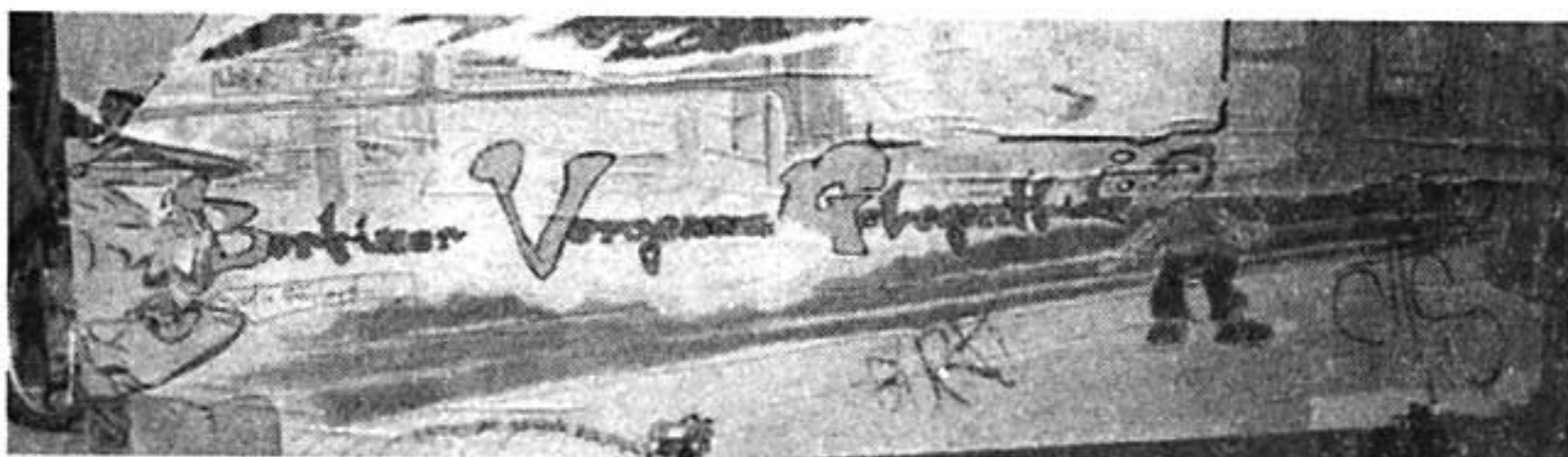
① Fährst du noch oder läufst du schon?

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) scheinen sich mit ihrer aktuellen Preistreiberei und der Abschaffung des Sozialtickets für Sozialhilfe-Empfänger zum 1. Januar und des Arbeitslosenticket zum 1. April das Ziel gesetzt zu haben, die VerliererInnen der neoliberalen SPD/PDS-Politik von der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs auszuschließen. Und das sind nicht wenige: Jeder fünfte Berliner gilt offiziell als arm, allein von der Streichung des Arbeitslosentickets sind ca. 80 000 BerlinerInnen betroffen, die sich jetzt mit Fahrpreissteigerungen um bis zu 150% herumschlagen müssen.

Gleichzeitig erhöhte sich die BVG-Vorstandsriege ihre Top-Gehälter von ca. 200.000 Euro um weitere 10%. Das heißt, der Senatszuschuss aus öffentlichen Geldern (ca. 17 Millionen Euro) ist zum größten Teil schon wieder umverteilt; zu Gunsten der BVG-Manager und den, inzwischen über 80, von ihnen abgeschlossenen Berater-Verträge mit Privat- und diversen Sicherheitsfirmen.

Berliner Zustände: Während die freie Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel kriminalisiert und immer öfter mit Knast bestraft wird, können die Herrschenden aus Wirtschaft und Politik weiter ungestraft Sozialleistungen abbauen und sich an uns bereichern. Das heißt, dass Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und andere sozial Deklassierten wohl künftig laufen müssen, während die Vorstände von BVG und Senat in Luxuskarossen an ihnen vorbei fahren.

Doch nicht nur für ihre eigenen Villen und Autos brauchen die Vorstände unser Geld: Das angeblich eingesparte Geld der gestrichenen Sozial- und Arbeitslosentickets wird jetzt zu einem großen Teil in die Installation tausender neuer Videokameras investiert oder an Beraterfirmen verschoben, die weiteren elektronischen Firlefanz wie den kostenpflichtigen SMS-Abrufservice einführen.



Ganz zu schweigen von den unzähligen Kontrollettis, die seit einiger Zeit verstärkt die Benutzer von Bus und Bahn terrorisieren und auch durch rassistische Übergriffe von sich reden machen. Die BVG bereitet sich - zu Lasten der Kunden versteht sich - schon mal auf die zu erwartenden Verspätungen von Buslinien vor, die durch das erhöhte Kontrollgebaren entstehen, wie z.B. der Maßnahme, dass Kunden ab dem 1. April nur noch in den Vordereingang einsteigen dürfen. Zu allem Überfluss hält die BVG auch noch am elektronischen Ticket fest.

Diese Politik ist eine Sackgasse, schließlich haben BVG und S-Bahn durch die permanenten und drastischen Tarifierhöhungen mehr als 100 Millionen Fahrgäste pro Jahr verloren. Menschen, die nicht aufs Auto umsteigen können, sind vehement von den Preiserhöhungen betroffen. Tatsache ist außer Menschen, die dem, so der Geschäftsbericht der BVG von 2002, dass nicht mal 20% der Kosten im Rahmen der Schwarzfahrer-Jagd eingetrieben werden konnten, auch nicht durch die Beschäftigung von Inkasso-Unternehmen. Security, Videoüberwachung und ein gescheiterter Chipkartenversuch etc. führten zu einem jährlichen Verlust von 40 Millionen Euro. Dies macht wieder einmal deutlich, dass Menschen, die wenig Geld haben und zudem meist auch noch verschuldet sind, nicht bezahlen könne; egal, welche Repressions-Instrumente die BVG für die bereithält. Dass der Personalrat der BVG solche absurden Maßnahmen noch unterstützt, anstatt dem angekündigtem Lohnraub und Massenentlassungen Widerstand und Streik entgegenzusetzen, sagt genug über seinen desolaten Zustand aus.

Die schrittweise neoliberale Privatisierung der BVG wird genauso verlaufen, wie bei allen anderen senatseigenen Betrieben (Landesbank, Wasserwerke, GASAG, BEHALA, Wohnungsbaugesellschaft, Vivantes usw.). Es funktioniert immer nach demselben korrupten Muster Berliner Politik, leider auch unter Rot/Rot. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit genehmigen Senatsmitglieder den Vorständen der privatisierten kommunalen Einrichtungen Top-Gehälter und bringen in der Privatisierungsphase ihren Freundeskreis in den Vorstandsetagen unter, um sich dann bei ihrer vorzeitigen Pensionierung bzw. Abwahlen einen lukrativen Posten zu sichern.